



Eidg. Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF
Staatssekretariat für Wirtschaft SECO
Holzikofenweg 36
3003 Bern

samuel.turcati@seco.admin.ch

Bern, 12. Juli 2017

Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen sowie Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Vielen Dank für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen. Gerne nehmen wir dazu Stellung.

Die SP Schweiz befürwortet die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen und dabei insbesondere die Erhöhung der Bürgschaftslimite von heute 500'000 Franken auf 1 Million Franken. Eingehende Diskussionen auch mit KMU-Vertreterinnen und -Vertretern zeigen, dass die Bankkonditionen für viele KMU immer härter werden. Die Bundesbürgschaften sind daher für viele KMU ein adäquates Mittel. Die KMU bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Schweiz. Sie sind vor allem nach der Aufhebung der Untergrenze des Schweizer Franken zum Euro durch die Nationalbank vom 15. Januar 2015 zusätzlichen unter Druck geraten durch den überhöhten Schweizerfranken. Deshalb sind Massnahmen, die die KMU stärken, zu begrüssen. Diese Bundesbürgschaften sind ein adäquates Mittel. Sie sind unkompliziert, unbürokratisch und haben sich in den vergangenen Jahren als zielführend erwiesen. Eine Erhöhung der Bürgschaftslimite, wie sie die Teilrevision vorschlägt, macht deshalb Sinn. Die Bürgschaften können als wichtiges Instrument zur Dämpfung von Marktineffizienzen angesehen werden.

Auch der Bundesrat betont diesen Aspekt: *„Das Bürgschaftswesen unterstützt die KMU, indem es ihnen ermöglicht, Bankkredite zu erhalten, welche ihnen andernfalls nicht gewährt würden. Damit unterstützt das*

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz

Spitalgasse 34
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69
Telefax 031 329 69 70
info@spschweiz.ch
www.spschweiz.ch

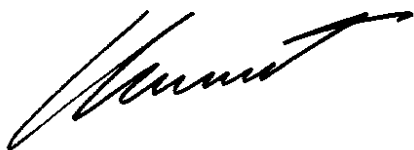
Bürgschaftswesen die Gründung, Nachfolgeregelung und die Vergrößerung von KMU. Die vorgeschlagene Erhöhung der Bürgschaftslimite kann insbesondere bei der Finanzierung von Übertragungen oder Nachfolgen hilfreich sein. Dasselbe gilt auch für Investitionen von Unternehmen, die es erlauben, Arbeitsplätze in den Regionen zu halten oder neue zu schaffen.“ Der Bundesrat betont dabei vor allem diesen regionalpolitischen Aspekt: „Es ist davon auszugehen, dass langfristig die entsprechenden Arbeitsplätze ohne die Existenz der mit Bürgschaften unterstützten Firmen trotzdem existieren würden, allerdings nicht notwendigerweise in KMU und wohl auch nicht in den entsprechenden Regionen.“ Oder noch deutlicher: „Das Bürgschaftswesen stellt primär ein gewerbepolitisches Förderinstrument mit einer starken Verankerung im ländlichen Raum dar. Ende 2011 boten die mit Bürgschaften unterstützten Firmen insgesamt 22'179 Arbeitsplätze an. Zum gleichen Zeitpunkt wurden 1774 Lernende beschäftigt. Das gewerbeorientierte Bürgschaftswesen leistet somit auch einen Beitrag zur Berufsbildung. Die Konkursquote der Firmen mit Bürgschaften liegt nur wenig über der Konkursquote aller KMU der entsprechenden Grösse.“

Die Ausfallrisiken durch die Erhöhung der Bürgschaftslimiten sind für den Bund tatsächlich überschaubar. Schätzungen des SECO gehen von mittelfristig zusätzlichen Aufwendungen für Bürgschaftsverluste von lediglich zwischen 2 und 3 Millionen Franken pro Jahr aus.

Auch mit der zweiten Vorlage, der Aufhebung des Bundesgesetzes über die Gewährung von Bürgschaften und Zinskostenbeiträgen im Berggebiet und im weiteren ländlichen Raum (BGB), **erklärt sich die SP Schweiz einverstanden**. Mit der Einführung der Neuen Regionalpolitik des Bundes (NRP) hat das BGB seine Bedeutung als regionalpolitisches Instrument weitgehend verloren.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Sozialdemokratische Partei
der Schweiz



Christian Levrat
Präsident



Luciano Ferrari
Leiter Politische Abteilung